

Ev. Kirchenkreis Duisburg, Postfach 200251, 47018 Duisburg

## **Alice Schwarzer**

**Kopie an: Medien,  
Kirchliche Islam- und Frauenbeauftragte, Interreligiöse  
Dialogarbeit, Ev. Kirchenkreis Duisburg, Einzelpersonen**

Postanschrift: Am Burgacker 14 - 16, 47051 Duisburg  
Auskunft erteilt: Dr. Sabine Plonz  
**Telefon: (02 03) 29 51 – 3177**  
(02 03) 29 51 - 0 (Zentrale)  
Telefax: (02 03) 29 51 - 192  
Email: sabine.plonz@kirche-duisburg.de  
Internet: www.kirche-duisburg.de  
**Datum: 18.10.2010**

### **Dialog oder Machtdemonstration?**

**Wie Integrationsdebatten *nicht* geführt werden dürfen und Frauenfeindlichkeit *nicht* überwunden wird**

### **Offener Brief an ALICE SCHWARZER**

anlässlich der Fernsehsendung „Menschen bei Maischberger“ mit Alice Schwarzer, Zehra Yilmaz und anderen am 12.10.2010 in der ARD

Sehr geehrte Frau Schwarzer,

als politisch engagierte Bürgerin, die den Aufbruch der zweiten Frauenbewegung als Schülerin erlebte, habe ich großen Respekt vor Ihrer historischen Leistung – zumal mir in den letzten Jahren die große Mühsal früherer Frauengenerationen im Kampf um die heute erlangten Rechte sehr bewusst geworden ist. Als sozialwissenschaftlich kompetente Theologin, als Wissenschaftlerin und Beschäftigte der evangelischen Kirche kann ich Ihrer Auffassung, dass „wir“ hierzulande völlige Gleichheit von Frauen und Männern hätten und alles in schönster Ordnung sei, keineswegs zustimmen. Diese Meinung äußerten Sie in der Sendung „Menschen bei Maischberger“ am 12.10.2010, auf die ich mich im Folgenden kritisch beziehe.

Ich würde diesen offenen Brief nicht schreiben, wenn es mir nur um eine andere politische Einschätzung zur Gleichberechtigung von Frauen ginge. Sie haben diese Darstellung aber als leuchtendes Vorbild genutzt, vor dem sich umso dunkler die Lage von Frauen anderer Länder abzeichnen sollte, die nicht zur westlichen Hemisphäre gehören. Was mich zum Widerspruch treibt, sind Ihre Aussagen und Ihr Diskussionsverhalten in der erwähnten Sendung im Allgemeinen und konkret im Gegenüber – vom Miteinander kann Frau hier nicht sprechen – zur muslimischen Repräsentantin Zehra Yilmaz aus Duisburg. Ihr beherrschendes, raumgreifendes und ständig die andere Frau unterbrechendes Auftreten ließ Dialogbereitschaft vermissen. Ihre sachlichen und sprachlichen Flüchtigkeiten (Koran vor 600 Jahren geschrieben; „islamistisches Kopftuch“ ...), die schon einer Anfängerin des Islamdialogs auffallen, sind Ausdruck einer flächigen und abschätzigen Wahrnehmung Ihres Diskussionsgegenstandes.

Dass Sie im Angesicht der pädagogischen Referentin der Ditib-Begegnungsstätte in Duisburg-Marxloh ihr anrecherchiertes Halbwissen über die internen Vorgänge der dortigen Moschee und Begegnungsstätte kundtaten und dabei die Folgerung nahelegten, dort sei der Fundamentalismus auf dem Vormarsch, zeugt von Ihrem Überlegenheitsanspruch – und ist journalistisch wie politisch gedankenlos. Man verbreitet nicht vor einem Millionenpublikum Unterstellungen, die ausgerechnet diejenigen, die sich jahrzehntelang im Dialog engagieren, in ein zweideutiges Licht rücken und konkret Frau Yilmaz keine Chance ließen, als Gesprächspartnerin in den weiteren Verlauf der Sendung einzugreifen. Es ist absurd zu meinen, dass eine An-



gestellte in einer Fernsehsendung Interna ihres Arbeitgebers kritisch diskutieren könnte. Und es war unfair, die Erfahrungen der Diskriminierung, die Frau Yilmaz und andere machen, mit derartigen Manövern abzubügeln. Solche Kommunikationsmuster, die in der Öffentlichkeit derzeit oft wahrzunehmen sind, verhindern zudem, dass andere, weniger „integrierte“ Frauen mit viel traditionelleren Auffassungen als Fr. Yilmaz ihre Haltungen auch einmal selbstbewusst relativieren und sich für die von „uns“ so stolz beschworene Aufklärung erwärmen. Im Gegenteil: solche Machtdemonstrationen treiben Menschen mit Erfahrungen der Schwäche und der Zurücksetzungen dahin, sich an autoritäre Orientierungen zu halten und gegenüber den vermeintlich Mächtigen aggressiv zu werden (Das dürfte zumindest teilweise hinter der neuerdings beklagten „Deutschenfeindlichkeit“ von Jugendlichen stecken, die das Wort „Christ“ als Schimpfwort verwenden – was wahrhaftig besorgniserregend ist. Aber sind solche Sprüche nicht auch ein Echo auf den Ruf „Islamist“?).

Sie haben das Publikum um die Gelegenheit gebracht, herauszufinden, wie eine religiöse Frau, die wichtige Forderungen der zweiten Frauenbewegung in ihrem eigenen Leben umsetzt, dieses Leben mit ihrer religiösen Praxis verbindet. In der aktuellen, xenophobisch bis rassistisch gefärbten Debatte wäre es wichtig, mit der „Anderen“ als Bürgerin darüber zu reden, wie in der Zuwanderungsgesellschaft ein demokratischer Konsens aussehen könnte, der zwischen säkularer Verfassung und pluralistischer Anerkennungspraxis vermittelt. Das haben sie nicht versucht. Vielmehr folgen sie derselben Diskurstaktik wie die Rechtspopulisten, die den Anti-Islamismus auf die Vorderseite ihrer deutsch-nationalistischen politischen Münze prägen.

Die evangelische Kirche in Duisburg hat den Bau konkret dieser Moschee und der Begegnungsstätte in Marxloh begleitet; wir kooperieren, wo immer das praktisch möglich ist, mit diesem Partner; die Kirche am Ort hat sich generell über Jahre für den Dialog mit Muslimen eingesetzt – auch gegen Fundamentalisten in den eigenen Reihen. In der evangelischen und katholischen Kirche wird bei engagierten Fachleuten und Mandatsträgern großer Wert auf die Entwicklung eines Islam in Deutschland gelegt, der hier beheimatet und diskursfähig ist. Und zwar aus religiös-theologischen wie auch aus verantwortungsethischen politischen Gründen. Diese Zielsetzung, von der wir erwarten würden, dass alle Demokraten sie teilen, werden wir nur durch eine herrschaftskritische Diskurspraxis erreichen.

Zur Überwindung des Patriarchats, von Diskriminierung und struktureller wie physischer Gewalt gegen Frauen, die aktuell erstaunlicherweise von Jedermann, bis hin zu traditionalistischen religiösen und politischen Organisationen in Deutschland vertreten und von den Bürgern muslimischen Glaubens gefordert wird, leisten Sie mit solchen Auftritten keinen Beitrag. Um diese Ziele zu erreichen, müsste man die realen Machtgefälle zwischen eingewanderten und heimischen Patriarchen wie Demokraten konstitutiv in die Analyse von Fehlentwicklungen in Migranten-Communities einbeziehen. Das setzt eine Kritik der Ausschlussmechanismen unserer Gesellschaft zwingend voraus. Es würde ferner dazu gehören, die Lebens- und Arbeitswelten von Frauen aus verschiedenen Gesellschaften und Kulturen nicht über einen (germanischen) Kamm zu scheren, sondern nach ihren jeweiligen Identitäten und Stärken zu fragen. Es würde dazu gehören, Bürgerinnen muslimischen, anderen oder auch keinen religiösen Glaubens in Theoriearbeit und Praxis volle Partizipation zuzugestehen. Es geht um die Rechte, die wir seit der Ermordung der Frauenrechtlerin Olympe de Gouges (1793) durch männliche bürgerliche Verfechter der „universalen“ Menschenrechte in der französischen Revolution – wenn auch spät und noch unvollkommen – sogar in Deutschland erkämpft haben. Wir sollten sie nicht leichtfertig in „Integrationsdebatten“ aufs Spiel setzen.

Mit kritischem Gruß,

Pfr. in Dr. Sabine Plonz

